



Was heißt Politik?

Author(s): Lorenz Engi

Source: *ARSP: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie / Archives for Philosophy of Law and Social Philosophy*, Vol. 92, No. 2 (2006), pp. 237-259

Published by: Franz Steiner Verlag

Stable URL: <https://www.jstor.org/stable/23681591>

Accessed: 30-04-2020 14:28 UTC

REFERENCES

Linked references are available on JSTOR for this article:

https://www.jstor.org/stable/23681591?seq=1&cid=pdf-reference#references_tab_contents

You may need to log in to JSTOR to access the linked references.

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



JSTOR

Franz Steiner Verlag is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *ARSP: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie / Archives for Philosophy of Law and Social Philosophy*

Was heißt Politik?

ABSTRACT: The German „Politik“ is very comprehensive. Different theorists had a fundamentally different understanding of the term. We can distinguish between a realistic and an idealistic approach. The first is represented especially by Carl Schmitt and Max Weber, the second by Hannah Arendt and ancient Greek thinkers (Plato, Aristotle). These different views can't be synthesized. „Politik“ is characterized by its generality. Politically is decided, what – within a certain territory – is binding for *everyone*. Therefore „Politik“ is inseparably connected with power. Moreover, „Politik“ has got a creative element. In sum, „Politik“ means guiding the public affairs in a generally binding and powerful way.

Der Begriff „Politik“ ist ebenso selbstverständlich wie unklar. Einerseits Bestandteil der Alltagssprache, erweist er sich bei genauerem Nachdenken andererseits als äusserst kompliziert. Wo immer gründlich und genau (also wissenschaftlich) über Politik gesprochen wird, besteht vorab ein großer Klärungsbedarf – der zum Nachteil der jeweiligen Arbeit oftmals nicht gedeckt wird. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, den Begriff der Politik zu bestimmen und so gewissermaßen einen Grund zu legen für wissenschaftliches, aber auch anderes Sprechen über Politik. Es handelt sich selbstverständlich nicht um den ersten, sondern nur um einen weiteren Versuch in dieser Absicht. Dabei soll an dieser Stelle das Wortfeld „Politik“ insgesamt beleuchtet werden. Es scheint wenig sinnvoll, Politik etwa vom „Politischen“ abzugrenzen; riskiert man so doch die gedankliche Erzeugung unpolitischer Politik.

1. Ursprünge

Ein Definitionsversuch von Politik hat seinen natürlichen Ausgangspunkt bei den Ursprüngen des Begriffs im Altgriechischen. Stammwort der ganzen Wortfamilie ist *pólis*. Das lässt sich am ehesten mit „Stadt“ oder „Bürgerschaft“ wiedergeben, doch sind diese Übersetzungen sehr behelfsmäßiger Art. Entgegen dem, was das Wort „Stadt“ impliziert, ist *pólis* kein institutioneller oder rechtlicher Körper neben den Bürgern, sondern die Gesamtheit der Bürger (der *polítai*) selbst. *pólis* hat nicht den abstrakten Charakter von „Stadt“ oder gar „Staat“, so dass die Übersetzung als „Bürgerschaft“ zunächst tauglicher erscheint. Dieser Ausdruck indessen findet heute kaum Verwendung; er ist wenig anschaulich und ziemlich bedeutungslos. So etwas wie „Bürgerschaft“ ist in der Gesellschaftsordnung unserer Tage ohne Rolle, ohne Relevanz. Daher kommen Bürgerschaften in der allgemeinen Wahrnehmung kaum vor. Weil Begriffe aber bekanntlich der Anschauung bedürfen, um auch inneren Gehalt zu bekommen, kann „Bürgerschaft“ als geglückte Übersetzung von *pólis* auch nicht gelten. So wird man *pólis* selbst am besten eindeutschen und die Polis als etwas den Griechen Eigenes verstehen müssen, dem jede Entsprechung im Gegenwärtigen fehlt. Weil es nach den Griechen die Polis nie mehr gab, fehlt in den neueren Sprachen auch das Wort, das exakt auf sie passte.

Mit der Sprache von heute nicht weniger schwierig zu erfassen als *pólis* ist *politeía*. Als *politeía* erscheint die Polis in verfasster, organisierter Form. *politeía* zielt auf die Verwaltung der Polis, auf die Rechtsstellung der Bürger. Wer von *politeía* sprach, nahm also stärker das Institutionelle, Organisatorische und Rechtliche in den Blick als die

Polis im allgemeinen. Auch dieser Betrachtungsweise war indes die Vorstellung einer von den einzelnen Bürgern abstrahierten Staatlichkeit, einer juristischen Person oder dergleichen, völlig fremd.

Das Adjektiv zu *pólis* lautet *politikós*: den Bürger, die Bürgerschaft, die Stadt betreffend. Die aristotelischen Vorlesungsmanuskripte, die heute mit „Politik“ betitelt sind, waren ursprünglich mit diesem Wort als *tà politiká*: das die Gemeinschaft, das alle Bürger Betreffende bezeichnet. Dem Begriff *politikós* und insbesondere *politikè téchne* (die Kunst der Führung und Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten) entstammt das spätlateinische *politice*, welches wiederum Ursprung des französischen *politique* bildet. Aus dem Französischen gelangte das Wort im 17. Jahrhundert ins Deutsche.

Gegenbegriff zu *pólis* war im Griechischen *oikos* (*oikía*): das Haus. *pólis* und alle verwandten Wörter standen im Gegensatz zum Privaten, zum nur Einzelne Betreffenden. „Politisch“ war gleichbedeutend mit „gemeinschaftlich“, mit „allgemein“. Besonders die Gegenüberstellung zum Bereich des Häuslichen und Privaten macht einiges vom Kerngehalt auch der heutigen Begriffe „Politik“ und „politisch“ deutlich. Politik bezieht sich auf das Gemeinsame, das alle Bürger Betreffende. Sie handelt vom Allgemeinen, vom alle Verbindenden und für alle Geltenden. Nicht der einzelne Bürger in seinen je besonderen Umständen und Eigenschaften ist das politisch Interessierende, sondern die Gemeinschaft der Menschen. Wer im Modus des Politischen denkt und spricht, der sucht Regelungen und Lösungen für prinzipiell: *alle*. Der Politik ist mithin, in bezug auf ihren jeweiligen Raum, eine universelle Orientierung eigen. Die Ordnung in einem Haus ist nicht politisch. Eine Abmachung unter Bekannten ist nicht politisch. Eine Regelung unter Verwandten ist nicht politisch. Politisch werden Ordnungen und Regelungen erst, wenn sie diese Dimensionen des „von Angesicht zu Angesicht“ überschreiten. Wenn sie alle binden, ungeachtet der persönlichen Beziehungen. Was politisch festgelegt wird, das gilt generell. Der politische Blick ist der Blick auf das Große-Ganze.

Neben der Universalität kennzeichnet den Begriff der Politik schon vom Griechischen her: Öffentlichkeit. Das Politische wird nicht in den vier Wänden besprochen und vereinbart, sondern öffentlich. In politischen Verfahren mag es Elemente der Geheimhaltung und Vertraulichkeit geben, Politik insgesamt aber findet nicht im Geheimen, Abgesonderten statt. Die Stätte der Politik ist nicht das Privathaus, sondern die Agora – was bei den Griechen den Markt- und Versammlungsplatz ebenso wie die Volksversammlung bezeichnete. Politik bezieht sich also – soviel lässt sich an ersten Eindrücken festhalten – aufs Öffentliche, und sie geht aufs Allgemeine. Wenn wir dies fortentwickeln und präzisieren wollen, stoßen wir auf die Frage: Bezieht sie sich damit notwendigerweise auf den Staat? Womit sich denn die erste Schwierigkeit eingestellt hat.

Zumal in der älteren Literatur finden sich manche Definitionen von Politik, die auf den Staat und den Bezug zu ihm abstellen. So lesen wir bei Bluntschli: „Wir nennen das bewusste staatliche Leben, die Leitung des Staats und die Einwirkung auf die Staatsangelegenheiten, d.h. die bewusste Staatspraxis Politik.“¹ Bei Georg Jellinek heißt es: „Politisch‘ heißt ‚staatlich‘; im Begriff des Politischen hat man bereits den Begriff des Staates gedacht.“² Später schrieb etwa Herbert Krüger in seiner Staatslehre: „Politik ist dadurch gekennzeichnet, dass sie eine spezifisch dem Sein des Staates um seiner selbst willen gewidmete Haltung und Tätigkeit ist.“³ Dagegen sagte etwa

1 Johann Caspar Bluntschli, *Lehre vom modernen Staat*, Band 3: Politik als Wissenschaft, Stuttgart 1876 (Neudruck Aalen 1965), 1

2 Georg Jellinek, *Allgemeine Staatslehre*, 3. Aufl., Berlin 1914, 180

3 Herbert Krüger, *Allgemeine Staatslehre*, 2. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, 684. Dagegen auf S. 680: „Gegen die Zurückführung des Politischen auf den Staat muss eingewendet werden, dass

Hermann Heller: „Der Begriff des Politischen ist sehr viel umfangreicher als der des Staatlichen.“⁴ Carl Schmitt begann seine Abhandlung zum Begriff des Politischen mit dem Satz: „Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus.“⁵ Und auch Dolf Sternberger wandte sich gegen die Identifizierung des Politischen mit dem Staatlichen.⁶

Die Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang kommen daher, dass über den Begriff des Staates keine Klarheit respektive keine Einigkeit besteht. Versteht man unter „Staat“ nur den modernen Territorialstaat, so ist es fraglos zu einschränkend, das Politische exklusiv mit ihm zu verbinden. Politik gab es vor dem modernen Staat und gäbe es auch noch, wenn dieser dereinst verschwinden sollte. Wird dagegen mit einem weiten Staatsbegriff operiert, der alle möglichen Formen von Gemeinwesen fasst, kann ein fester Konnex zwischen Politik und Staat durchaus angenommen werden. Denn Politik bezieht sich immer aufs Allgemeine und Gemeinschaftliche, und dieses wird immer eine gewisse institutionelle Form annehmen. Diesen zweiten Weg beschritt zum Beispiel Ulrich Scheuner. Er vertrat die Ansicht, dass der Begriff des Politischen nur vom Staate her erfasst werden könne.⁷ „Der Begriff des Politischen“, schrieb er, „ergibt sich aus den Klarlegungen über das Wesen des Staates von selbst. Politisch in einem weiteren Sinne ist das, was sich auf den Staat als tätige, handelnde Macht, kurz, als aufgegebenen Lebensbewältigung bezieht.“⁸ Diese Verbindung zwischen Politik und Staat konnte Scheuner ziehen, weil „Staat“ bei ihm ausserordentlich viel umfasst: „Die Staatstheorie hat doch zu allen Zeiten, wenn auch unter wechselnden Namen, polis, respublica, regnum, civitas, status doch immer das gleiche vor Augen gehabt, die politische Einheit, in der dem Menschen Ordnung und Frieden gewährleistet wird. Die konkreten Typen und Formen freilich, in denen diese Grundaufgabe Gestalt gewonnen hat, sind tief verschieden. Aber das schließt nicht aus, dass die Wissenschaft diese vielgestaltigen konkreten Gestalten politischer Einheit doch mit einem übergreifenden Begriffe zusammenfasst. Mit diesen Einschränkungen und Vorbehalten ist, so scheint mir, die Verwendung eines weiten allgemeinen Staatsbegriffes auch historisch zu rechtfertigen.“⁹

Verbindung von Politik und Staat mit weitem Staatsbegriff oder Trennung der Begriffe bei engerem Staatsbegriff: gehbar sind sicherlich beide Wege. Glücklicher dürfte die zweite Variante, also die begriffliche Scheidung von Politik und Staat sein. „Staat“ stammt vom lateinischen *status*. In seiner modernen Form wird es als „*stato*“ früh verwendet von Machiavelli.¹⁰ Im Deutschen entwickelte der Begriff seine heutige Bedeutung erst im 17. Jahrhundert. Er ist also deutlich modern geprägt und sollte nicht

staatliches Sein und vor allem staatliches Handeln nicht immer politisch sind, und dass umgekehrt Politik in Bereichen auftreten kann, die gerade nicht als staatlich jedenfalls im eigentlichen Sinne gekennzeichnet werden können.“

4 Hermann Heller, *Staatslehre*, 4. Aufl., Leiden 1970 (wie Erstauflage 1934), 203

5 Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Text von 1932, 3. Auflage der Ausgabe von 1963, Berlin 1991, 20. Auf S. 23f. legt Schmitt dar, dass sich die Bezugnahme auf den Staat zur Definition des Politischen deshalb nicht mehr eigne, weil das Staatliche konturlos geworden sei.

6 Dolf Sternberger, *Begriff des Politischen*, *Schriften IV*, Frankfurt a. M. 1980, 293ff., 302

7 Ulrich Scheuner, *Das Wesen des Staates und der Begriff des Politischen in der neueren Staatslehre*, in: Konrad Hesse/Siegfried Reicke/Ulrich Scheuner (Hrsg.), *Staatsverfassung und Kirchenordnung*, Festgabe für Rudolf Smend, Tübingen 1962, 225ff., 253

8 Ulrich Scheuner, aaO., 259

9 Ulrich Scheuner, aaO., 252

10 *Il Principe* (1513), sub I

auf die antike Polis angewandt werden. Rolf-Richard Grauhan nannte es „in höchstem Maße irreführend, wenn in den deutschen Aristoteles-Ausgaben der Begriff der ‚polis‘ mit ‚Staat‘ übersetzt wird.“¹¹ Das Wort „Politik“ aber muss sich auf die Verhältnisse in Griechenland beziehen können. Denn als etwas spezifisch Neuzeitliches wird man Politik schon aufgrund der Begriffsgeschichte nicht auffassen können. So spricht denn vieles dafür, Staat und Politik begrifflich auseinanderzuhalten. Politik wird sich immer auf eine Art von Gemeinwesen beziehen. Sie wird immer eines Raumes bedürfen, in dem das in ihrem Bereich Entscheidene gilt, und eines institutionellen Umfeldes, das die Durchsetzung ihrer Ergebnisse erlaubt. Der Staat ist *ein* solches institutionelles Gehäuse von Politik – aber nicht das einzig mögliche. Man beachte die Genauigkeit bei Max Weber: Politik sei „die Leitung oder die Beeinflussung der Leitung eines politischen Verbandes, heute also: eines Staates.“¹² *Heute* eines Staates, aber eben nicht gestern und vielleicht auch nicht morgen.

Politik bezieht sich demnach nicht unbedingt auf den Staat, aber doch auf das Gemeinschaftliche, auf das Allgemeine. Das ist noch sehr unpräzise und wenig aussagekräftig. Die Beziehung zwischen Politik und Gemeinschaft bleibt zu klären. Insbesondere fragt sich, worin die Funktion der Politik genau besteht, welches ihre Aufgaben sind. Was also tut man, wenn man Politik treibt?

Mit diesen Fragen sind wir an eine Weggabelung gelangt, welche die Auffassungen von Politik aufs Weitesten auseinandergehen lässt. Über die eigentlichen Inhalte und Ziele von Politik bestehen ganz unterschiedliche Ansichten. Im Grunde zeigt sich eine Trennung zwischen einem realistischen und einem idealistischen Ansatz; man könnte auch sagen: zwischen einer deskriptiven und einer normativen, oder aber zwischen einer pessimistischen und einer optimistischen Sichtweise. Ob man einen normativen oder einen deskriptiven Standpunkt einnimmt, entscheidet im Hinblick auf den Begriff von Politik fast alles. Daher hat man sich die Verschiedenheit dieser beiden Herangehensweisen bewusst zu machen und das, was resultiert, auseinanderzuhalten.¹³ Im Folgenden sollen zunächst einige wichtige Vertreter des realistischen Verständnisses, sodann solche der idealistischen Auffassung gehört werden. Die Auswahl der diskutierten Autoren folgt hierbei den Gesichtspunkten der Repräsentativität. Es soll zunächst ein möglichst umfassendes und vielfarbiges Kaleidoskop der verschiedenen Auffassungen betrachtet werden, um im Anschluss daran eine eigene Position entwickeln zu können. Im Mittelpunkt des folgenden Abschnitts stehen demnach Theoretiker, die in besonderer Weise als repräsentativ gelten können, und deren Ansatz sich möglichst viele auch andere Ansichten zuordnen lassen. Im Bereich des politischen Idealismus finden sich die in diesem Sinne besonders prägnanten und typischen Konzeptionen im Denken der griechischen Antike – namentlich bei Aristoteles und Platon. Im Hinblick auf den realistischen Zugang erscheinen dagegen zwei neuere Autoren besonders diskussionswürdig: Carl Schmitt und Max Weber. Als wichtiger Repräsentant aus der weiter zurückliegenden Geistesgeschichte kommt überdies Machiavelli in Betracht – wobei dessen Position, wie zu zeigen ist, keineswegs eindeutig ist. Für eine wiederum besondere Anschauung steht Augustinus. Sie ist gesondert zu erörtern.

11 Rolf-Richard Grauhan, Der „Staat“ des Machiavelli und der moderne Begriff des „Politischen“ – Hypothesen für eine erneute Überprüfung, in: Peter Haungs (Hrsg.), *Res Publica*, Dolf Sternberger zum 70. Geburtstag, München 1977, 115ff., 137

12 Max Weber, Politik als Beruf, in: *Gesamtausgabe*, Abteilung 1, Band 17, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter in Zusammenarbeit mit Birgitt Morgenbrod, Tübingen 1992, 157ff., 157

13 Die Bedeutung des Unterschiedes zwischen einer idealen und einer deskriptiven Sicht auf die Politik betont auch Georg Kohler, Was ist Politik?, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Dezember 1997, 59.

2. Der realistische Ansatz

Realismus will an dieser Stelle heissen, dass es seinen Vertretern um die Erfassung des Tatsächlichen zu tun ist, nicht um die Entwicklung idealer Vorstellungen von Politik. Der Ausdruck bezieht sich also nur auf die Absichten, denen die jeweilige Theorie entspringt – inwieweit die politische Realität wirklich getroffen und verstanden worden ist, ist für unsere Zwecke ohne Belang.

a) Carl Schmitt

Ein solches Bemühen um Wirklichkeitsnähe kann man zunächst Carl Schmitt zuschreiben. „Schmitt will nur erkennen, was ist“, schrieb Leo Strauss in einem Aufsatz über „Der Begriff des Politischen“ schon 1932.¹⁴ Schmitt will Politik, so wie sie ist, verstehen. Insbesondere fragt er sich, worauf sie gründet, warum es so etwas wie Politik also überhaupt gibt. Die Antwort, die Carl Schmitt in „Der Begriff des Politischen“ gibt,¹⁵ heißt: weil die Menschen potentiell gegeneinander kämpfen. „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*.“¹⁶ Freunde und Feinde sind Gesamtheiten von Menschen, die der realen Möglichkeit nach gegeneinander kämpfen.¹⁷ Nur weil und nur solange die tatsächliche Möglichkeit eines Kampfes zwischen Freund und Feind besteht, gibt es Carl Schmitt zufolge Politik.¹⁸

Das Risiko organisierter Gewaltsamkeit ist es also, was Politik begründet. Die Möglichkeit des Krieges eröffnet das Feld der Politik. Weil diese Möglichkeit in der Welt ist, gibt es Politik. Nicht aber besteht Politik nach Schmitt in der *Austragung* des Konflikts zwischen Freund und Feind, also im Krieg. Diesem Missverständnis begegnet man häufig.¹⁹ Es ließe sich durch einfache Lektüre von Schmitts Schrift beseitigen, sagt er doch selbst in großer Deutlichkeit: „Der Krieg ist durchaus nicht Ziel und Zweck oder gar Inhalt der Politik, wohl aber ist er die als reale Möglichkeit immer vorhandene *Voraussetzung*, die das menschliche Handeln und Denken in eigenartiger Weise bestimmt und dadurch ein spezifisch politisches Verhalten bewirkt.“²⁰ „Es ist also keineswegs so,

14 Leo Strauss, Anmerkungen zu Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, in: Heinrich Meier, *Carl Schmitt, Leo Strauss und „Der Begriff des Politischen“ – Zu einem Dialog unter Abwesenden*, Erweiterte Neuausgabe Stuttgart/Weimar 1998, 110; zuerst in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Tübingen, 67. Band, 6. Heft, August/September 1932, 732ff.

15 Schmitt verwendet den Begriff des Politischen nicht einheitlich; vgl. Vilmos Holczhauser, *Konsens und Konflikt – Die Begriffe des Politischen bei Carl Schmitt*, Berlin 1990; Juliane Kokott, *Der Begriff „politisch“ im Normenzusammenhang nationalen und internationalen Rechts*, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 51 (1991), 603ff., 616 (Fn. 55), 627f.

16 Carl Schmitt (Fn. 5), 26

17 Vgl. Carl Schmitt, aaO., 29.

18 Vgl. Carl Schmitt, aaO., 32, 35. So wie Politik auf die Unterscheidung von Freund und Feind zurückgeht, geht das Ästhetische auf diejenige zwischen Schön und Hässlich und das Moralische auf die Unterscheidung zwischen Gut und Böse zurück: vgl. aaO., 26. Diese Stelle lässt an „Codes“ der Systemtheorie denken. Doch ist die Politik für Schmitt – dies sei klargestellt – kein gesellschaftliches Teilsystem unter anderen (vgl. aaO., 27).

19 Z.B. bei Walter Seuffert, *Zu den Grundlagen des Begriffs der politischen Partei*, in: Theodor Eschenburg/Theodor Heuss/Georg-August Zinn (Hrsg.), *Festgabe für Carlo Schmid*, Tübingen 1962, 199ff., 205: „Politik ist keineswegs, wie die nichtswürdigen Definitionen von Carl Schmitt behaupten, die Austragung der Kategorie Freund–Feind.“

20 Carl Schmitt, aaO., 34f.; siehe auch 37.

als wäre das politische Dasein nichts als blutiger Krieg und jede politische Handlung eine militärische Kampfhandlung, als würde ununterbrochen jedes Volk jedem anderen gegenüber fortwährend vor die Alternative Freund oder Feind gestellt, und könnte das politisch Richtige nicht gerade in der Vermeidung des Krieges liegen.“²¹

Das Politische ist, weil die Möglichkeit des Krieges ist – aber das Politische ist keineswegs der Krieg. Die Möglichkeit des Krieges löst bei Schmitt alles Politische aus. Doch das Politische besteht nicht in der Austragung des Krieges, sondern in dem, was aus dem Wissen um die Möglichkeit des Krieges heraus passiert. Bricht ein Krieg tatsächlich aus, findet Politik eigentlich nicht mehr statt. Der Krieg hat seine eigenen Regeln, und das sind nicht die der Politik.²²

Das Politische begegnet uns bei Carl Schmitt somit als eine Dimension von existentieller Bedeutung und tiefstem Ernst. In seinem Bereich fallen die Entscheidungen über Leben und Tod. Alles Politische hat seine Gründe in der äußersten Möglichkeit zwischenmenschlicher Verhältnisse. Diese Möglichkeit und damit die Politik ist mit dem Menschlichen untrennbar verbunden.²³ Sie zu ignorieren, wäre gefährliche Naivität. Das Politische kann nicht gewertet oder gar idealisiert, sondern muss akzeptiert werden. Leo Strauss sprach in seiner Auseinandersetzung mit Carl Schmitts „Begriff des Politischen“ von einer „Bejahung des Naturzustandes“.²⁴

Eine ganz ähnliche Vorstellung von Politik wie Carl Schmitt hatte Oswald Spengler. In seinem „Untergang des Abendlandes“ heißt es: „Diese Daseinsströme im Bereich einer hohen Kultur, in und zwischen denen allein es große Politik gibt, sind nur in Mehrzahl möglich. Ein Volk ist wirklich nur in bezug auf andere Völker. Aber das natürliche, rassehafte Verhältnis zwischen ihnen ist eben deshalb der Krieg. Das ist eine Tatsache, die durch Wahrheiten nicht verändert wird. Der Krieg ist die Urpolitik alles Lebendigen und zwar bis zu dem Grade, dass Kampf und Leben in der Tiefe eins sind und mit dem Kämpfenwollen auch das Sein erlischt.“²⁵ Auch Spengler geht es also, wie er in merkwürdiger Gegenüberstellung sagt, um Tatsachen, nicht um Wahrheiten. Er betrachtet Politik ausdrücklich in realistischer Absicht: „Demgegenüber wird hier der Versuch gemacht, statt eines ideologischen Systems eine Physiognomik der Politik zu schaffen, wie sie im Ablauf der gesamten Geschichte wirklich gemacht worden ist, und nicht wie sie hätte gemacht werden sollen.“²⁶

Zuweilen begegnet man einer Gegensätzlichkeit zu Carl Schmitt (und Spengler), die sich bei genauerem Hinsehen als eine bloß scheinbare erweist. Dolf Sternberger etwa sagt: „Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede. Das Politische müssen und wollen wir zu begreifen versuchen als den Bereich der Bestrebungen, Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren, zu gewährleisten, zu schützen und freilich auch zu verteidigen.“²⁷ Dies als konträr zu Carl Schmitt zu deuten, ist zu einfach. Denn wer die

21 Carl Schmitt, aaO., 33

22 Vgl. Carl Schmitt, aaO., 34.

23 Schmitt bringt im *Begriff des Politischen* allerdings auch die Möglichkeit eines dereinst endgültig pazifizierten Erdballs ins Spiel: 35f., 54; vgl. dazu Leo Strauss (Fn. 14), 111–114.

24 Leo Strauss (Fn. 14), 121. Wobei die Subjekte des Naturzustandes im Unterschied zu Hobbes nicht Individuen, sondern Gesamtheiten sind: ibid. 110. Vgl. zu Carl Schmitts Begriff des Politischen auch Reinhard Mehring (Hrsg.), *Carl Schmitt – Der Begriff des Politischen*, Ein kooperativer Kommentar, Berlin 2003; Helmut Quaritsch (Hrsg.), *Complexio Oppositorum*, Vorträge und Diskussionsbeiträge des 28. Sonderseminars der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 1988.

25 Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes* (1922), 16. Aufl., München 2003, 1109

26 Spengler, aaO., 1108

27 Dolf Sternberger (Fn. 6), 304f.

Funktion von Politik in der Überwindung des Konflikts sieht, der nimmt eben doch das Konflikttäre als seinen Ursprung an. Bei Schmitt wie bei Sternberger ist das Politische ein Bereich, der sich durch die Möglichkeit des extremen Konfliktfalles auf tut.²⁸ Politik als Handeln um des Friedens willen ist nichts anderes als Politik als Handeln zur Vermeidung des Krieges, bezieht sich zuletzt also auch auf die Möglichkeit gewaltsamer Auseinandersetzung. Die wirklichen Antipoden zu Carl Schmitt schließen den Bereich von Krieg und Kampf überhaupt nicht in ihren Politikbegriff ein. Politik besteht für sie in Formen zwangloser Verständigung.²⁹

b) Max Weber

Ein zweiter besonders wichtiger politischer Theoretiker mit einer realistischen Ausrichtung neben Carl Schmitt ist Max Weber. Wie für Schmitt liegt für ihn das der Politik Wesentliche im Konflikt, im Kampf, in der konkreten Gegensätzlichkeit. Doch fällt bei Weber vieles unter den Begriff Politik, was jener nur als entstellte Formen von ihr betrachtete.³⁰ Politik bedeutet für Max Weber: Kampf um die Macht. „Politik‘ würde für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt.“³¹ Macht wiederum ist „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“³² Wer Politik treibt, will Macht, das heißt er will seinen Willen durchsetzen. Politik ist der Kampf um die Vorherrschaft in einer sozialen Gruppe. Politisch entscheidet sich, wer das Sagen hat.

Ähnlich versteht auch Niklas Luhmann Politik. Das politische System ist bei ihm durch den binären Code von Regierung und Opposition strukturiert, und im Zentrum des Politischen steht der Kampf um die Regierungsmacht. „Macht ist also nicht etwas, was in der Politik auch vorkommt, sie ist die Quintessenz von Politik schlechthin.“³³

c) Machiavelli

Mit den Lehren von Carl Schmitt und Max Weber ist das um Realismus bemühte Politikverständnis in zwei wichtigen Ausformungen behandelt worden. Doch kann eine Erörterung dieses Themas nicht an einem Namen vorbeigehen, der mit einer ganz

28 Vgl. auch Dolf Sternberger (Fn. 6), 306: Krieg, solange er um des Friedens willen geführt wird, als politisches Mittel.

29 Ähnlich wie bei Sternberger liegt der Fall bei Rudolf Smend, der Politik mit Integration gleichsetzte; vgl. Verfassung und Verfassungsrecht, in: *Staatsrechtliche Abhandlungen*, 3. Aufl., Berlin 1994, 119ff., 136, 177. Aber eben auch (ebd. 174): „Wirklichkeit des politischen Lebens als eine Welt des lebendigen und deshalb kämpfenden und in diesem Kampf den Staat bildenden und die Geschichte ermöglichenden Willens“.

30 Vgl. Carl Schmitt (Fn. 5), 30: „Schliesslich entwickeln sich noch weiter abgeschwächte, bis zum Parasitären und Karikaturhaften entstellte Arten von ‚Politik‘, in denen von der ursprünglichen Freund-Feindgruppierung nur noch irgendein antagonistisches Moment übriggeblieben ist, das sich in Taktiken und Praktiken aller Art, Konkurrenzen und Intrigen äussert und die sonderbarsten Geschäfte und Manipulationen als ‚Politik‘ bezeichnet.“

31 Max Weber (Fn. 12), 159; auch in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen 1972, 822

32 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Fn. 31), 28

33 Niklas Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 2000, 75

besonders ernüchterten Sichtweise auf die Politik fast schon Alltagssprachlich verbunden wird: Machiavelli.

Um Niccolò Machiavelli und sein bekanntes Buch vom Fürsten richtig zu verstehen, muss man sich die historischen Umstände, unter denen es entstand, bewusst machen: Florenz war im 15. Jahrhundert das blühende Zentrum des italienischen Rinascimento. Zusammen mit Mailand, Venedig, dem Kirchenstaat und Neapel gehörte es zu den fünf größeren Mächten in Italien. Diese Lage änderte sich um 1500 völlig: 1494 beginnt mit dem Italienfeldzug des französischen Königs Karl VIII. die Verwüstung des Landes. Die Medici werden aus Florenz vertrieben, Mailand fällt, auch Neapel wird erobert. Später bedrohen kaiserliche Truppen Florenz. 1530 ergibt sich die Stadtrepublik nach zehnmonatiger Belagerung. Eines der kultiviertesten und reichsten Gebiete Europas wurde von fremden Völkern verwüstet, geplündert und stückweise in Besitz genommen. Machiavelli erlebte diese Ereignisse in verantwortlicher politischer Stellung: zunächst in der florentinischen Staatskanzlei, später als Gesandter, als Kanzler der Militärbehörde, auch als militärischer Befehlshaber. 1513 – die Medici waren zwischenzeitlich wieder nach Florenz zurückgekehrt und Machiavelli war entlassen worden – schrieb er den „Principe“. 1516 widmete er das Werk dem jüngeren Lorenzo de Medici, der im gleichen Jahr zur Herrschaft gelangt war.

Mit dem Buch vom Fürsten wollte Machiavelli Italien einigen und stärken. Es ist keine theoretische Abhandlung, sondern verfolgte einen praktischen Zweck in einer speziellen geschichtlichen Situation. Deshalb ist es fragwürdig, wenn Machiavelli als Begründer der modernen politischen Theorie bezeichnet wird oder als der, der das Politische in seiner modernen Form versonstigt und begründet habe. Machiavelli geht es im „Principe“ weniger um Politik als um taugliche Machttechniken. Dolf Sternberger hat deutlich gemacht, dass dies bei Machiavelli durchaus nicht das gleiche ist. Er vertritt die Auffassung, dass sich „Il Principe“ in Machiavellis eigenem Verständnis gar nicht mit Politik befasse.³⁴ Machiavellis Begriff von Politik sei ein aristotelischer gewesen, und der „Principe“ habe damit nichts zu tun.³⁵ Politik sei nicht Thema des „Principe“, sondern der „Discorsi“.

„Il Principe“ bezieht sich nur auf ein krankes, verderbtes, bedrohtes Staatswesen. Dieses bedarf der Herrschaft eines Fürsten nach dem Muster dieses Buches. Ein gesundes Staatswesen dagegen, ein wahrhaftes „vivere politico“ hat eine andere Gestalt und funktioniert nach anderen Regeln. Deshalb muss man zögern, den Inhalt des „Fürsten“ mit Machiavellis Verständnis von Politik gleichzusetzen und ihn zum Vertreter eines radikal realistischen Politikverständnisses zu machen, welches nur Techniken des Machtgewinns und Machterhalts umfassen würde.

Typisch für den „Principe“ ist jedenfalls, dass das Buch strikt auf das Wirkliche hin orientiert ist, also alles Ideale oder Wünschbare beiseite lässt. „Denn die Art, wie man lebt, ist so verschieden von der Art, wie man leben sollte, dass, wer sich nach dieser richtet statt nach jener, sich eher ins Verderben stürzt, als für seine Erhaltung sorgt.“³⁶ Machiavellis Realismus fußt auf einem sehr pessimistischen Menschenbild, das sich etwa so äußert: „Man kann von den Menschen insgesamt sagen, dass sie undankbar, wankelmütig, falsch, feig in Gefahren und gewinnsüchtig sind.“³⁷

34 Vgl. Dolf Sternberger, Machiavellis „Principe“ und der Begriff des Politischen, in: *Schriften* III, Frankfurt a. M. 1980, 29ff.; auch Drei Wurzeln der Politik, in: *Schriften* II/1, Frankfurt a. M. 1978, insb. 239ff.

35 Vgl. Dolf Sternberger, Machiavellis „Principe“ (Fn. 34), insb. 39f.

36 Niccolò Machiavelli, *Der Fürst* XV

37 Niccolò Machiavelli, aaO. XVII. Vgl. auch XXIII: „Die Menschen sind immer schlecht, wenn die Notwendigkeit sie nicht gut macht.“

d) Augustinus

Zum Schluss dieses Abschnitts ist auf ein spezielles Problem einzugehen. Bereits mehrfach fiel der Name Dolf Sternbergers. In seinem gleichnamigen Werk machte dieser „drei Wurzeln der Politik“ aus: eine aristotelische, eine machiavellistische und eine augustininische.³⁸ Die Unterscheidung zwischen dem aristotelischen und dem machiavellistischen Ursprung lässt sich als Entsprechung zu unserer Zweiteilung in einen idealistischen und einen realistischen Ansatz auffassen. Augustin wäre nun bei den realistisch orientierten Theorien zu behandeln – oder eben separat. Hier wird indessen dafür plädiert, ihn überhaupt nicht als politischen Theoretiker zu verstehen und nicht in die Schematik zu integrieren. Das bedarf der Begründung.

Eine politische Deutung von Augustin stützt sich stets auf das Werk, dessen Titel in unglücklicher deutscher Übersetzung bereits den Begriff „Staat“ enthält: den „Gottesstaat“. Deshalb gilt es zunächst, dieses Buch zu verstehen. „De Civitate Dei“ ist wesentlich kein staats-theoretisches Werk, sondern ein religiöses – über große Strecken eine weitschweifige Bibelinterpretation, die über eine Darstellung des immer hervorgehobenen Gegensatzes von *civitas dei* und *terrena civitas* weit hinausgeht. Beschrieben wird darin der göttlich gelenkte Geschichtsverlauf, im Besonderen der Weg des Gottesvolkes zur ewigen Seligkeit. Dieser Gemeinschaft der Bekehrten stellt Augustin die *terrena civitas* gegenüber.³⁹ Damit ist nicht der weltliche Staat in seiner konkreten Institutionalisierung bezeichnet; wie auch die *civitas dei/civitas caelestis* nicht einer äußerlich wahrnehmbaren Organisation, sei es einem theokratischen Gebilde oder einer Kirche, entspricht.⁴⁰ Die Unterscheidung beruht vielmehr auf der inneren Haltung, der die äußere Zugehörigkeit nicht zu entsprechen braucht. „Denn solange die beiden Staaten miteinander vermischt sind, bedienen auch wir [Christen] uns des Friedens Babylons“⁴¹; während umgekehrt in den Kirchen „viele Verworfenen den Guten beigemischt“ sind.⁴² Entscheidend ist für Augustin nie eine äußerlich-sichtbare Zuordnung, sondern die geistige Orientierung. Ein Primat der Innerlichkeit bestimmt sein ganzes Denken.

Nicht feindselig begegnet Augustin daher dem politischen Staat, sondern mit Gleichgültigkeit. Der Christ bleibt äußerlich loyaler Staatsbürger; er soll den Regierenden Gehorsam leisten.⁴³ Innerlich aber hält er zum Staatlichen und Politischen größte

38 *Schriften* II/1, Frankfurt a. M. 1978

39 Vgl. *de civitate dei* XIV 1: „Gibt es doch nicht mehr als nur zwei Arten menschlicher Gemeinschaft, die wir mit unserer Heiligen Schrift sehr wohl zwei Staaten nennen können. Der eine besteht aus den Menschen, die nach dem Fleisch, der andere aus denen, die nach dem Geist leben wollen.“ (Verweis auf Ps. 46,5; 48,2; 87,3); *civ.* XIV 28: „Demnach wurden die zwei Staaten durch zweierlei Liebe begründet, der irdische durch Selbstliebe, die sich bis zur Gottesverachtung steigert, der himmlische durch Gottesliebe, die sich bis zur Selbstverachtung erhebt.“ Der Erdenstaat strebt nur nach irdischem Frieden, der nicht der wahre Friede ist (*civ.* XV 4; XIX 10–14, 17, 20, 26f.); nur nach irdischem Glück, das nicht die wahre Freude ist (*civ.* XV 15, XVII 7).

Diese Zwei-Reiche-Lehre wird im Spätwerk „Gottesstaat“ voll entwickelt, erscheint aber schon in *de catechizandis rudibus* (um 400 n. Chr.); vgl. dort 19,31; 21,37.

40 Statt „*civitas*“ sagt Augustin daher oft auch „*societas*“. Zum weiten Bedeutungsfeld des lateinischen Wortes „*civitas*“ Johannes van Oort, *Jerusalem and Babylon. A Study into Augustine's City of God and the Sources of his Doctrine of the Two Cities*, Leiden 1991, 102ff.; Wilhelm Kamlah, *Christentum und Geschichtlichkeit. Untersuchungen zur Entstehung des Christentums und zu Augustins „Bürgerschaft Gottes“*, 2. Aufl., Stuttgart/Köln 1951, 155ff.

41 *de civitate dei* XIX 26; vgl. auch I 35, XI 1, XIX 17.

42 *de civitate dei* XVIII 49; vgl. auch *de doctrina christiana* III 32,45.

43 Vgl. *de civitate dei* XIX 17; *de vera religione* 26,48; 55,111 (unter Zitierung von Mat. 22,21); *de catechizandis rudibus* 21,37; *confessiones* III 8,15.

Distanz.⁴⁴ Dieses erreicht die wirklich wichtigen Dimensionen menschlicher Existenz ja ohnehin nicht. „Was nun das Leben sterblicher Menschen anlangt, das wenige Tage währt und dann zu Ende ist, was liegt viel daran, unter wessen Herrschaft der dem Tode entgegengehende Mensch lebt, wenn ihn nur die Herrscher nicht zu gottlosen und ungerechten Taten zwingen?“⁴⁵ Alle menschliche Herrschaft ist auf das Körperliche beschränkt und hat keinen Zugriff auf Gedanken und Gesinnung, auf den Bereich also, in dem sich wahre Religiosität abspielt. „Knechtschaft der Seele ist eben etwas anderes als Knechtschaft des Leibes.“⁴⁶

Bei Augustin werden alle Hoffnungen auf Gott, keine auf menschlich Gewolltes und profan Konstruiertes gesetzt. Im Unterschied zu den griechischen Klassikern des politischen Denkens glaubt er nicht, dass der Mensch durch die politischen Bedingungen, unter denen er lebt, in seinem Innersten berührt wird. Gegen Platon und Aristoteles verwirft er die Vorstellung, dass der Staat eine Institution zur menschlichen Vervollkommnung sein könne.

Eine politische Deutung dieser Lehre kann eigentlich nur misslingen. Sie muss nämlich entweder die ziemlich unsinnige Vorstellung einer „Politik Gottes“ einführen, oder aber – und das ist das übliche Missverständnis in diesem Zusammenhang – Augustins Philosophie in irgendeiner Weise zur Grundlage eines innerweltlichen, säkularen Utopismus machen; womit sie so ziemlich beim Gegenteil des augustininischen Denkens anlangt. Denn die Idee des politisch, menschlich herstellbaren Paradieses bildet zur religiösen Erlösungserwartung den geraden Gegensatz.⁴⁷ Über Augustin und die Politik lässt sich richtigerweise nicht viel mehr sagen, als dass diese ihn nicht interessierte. Politik ist für ihn das Unwesentliche, das Unbeachtliche. Deshalb kann weder die Verherrlichung noch die Verdammnis von Politik mit seinem Namen verbunden werden. Seine Haltung zur Politik ist die der Indifferenz. Augustin akzeptiert den weltlichen Staat als Notordnung, ohne Hoffnungen mit ihm zu verbinden.⁴⁸

An dieser Stelle könnte freilich kritisch auf Karl Löwith hingewiesen werden, der in „Weltgeschichte und Heilsgeschehen – Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie“ auf den Unterschied zwischen dem zyklischen Geschichtsverständnis der Griechen und einer futuristischen Geschichtsbetrachtung, die vom Christentum her auch das moderne Denken geprägt hat, aufmerksam gemacht hat.⁴⁹ In dieser Hinsicht lässt sich in der Tat eine Verbindung zwischen der christlichen (also auch

44 Vgl. *de civitate dei* XVIII 18: „Nun, was sollen wir anders sagen als: ‚Fliehet hinweg aus Babylons Mitte‘? Diese prophetische Mahnung ist geistlich so zu verstehen, dass wir aus dem Staate dieser Welt, der Genossenschaft gottloser Engel und Menschen, mit den Schritten des Glaubens, der durch die Liebe tätig ist, hinwegfliehen und dem lebendigen Gott entgegeneilen sollen.“ (Bibelzitat: Jes. 48,20)

45 *de civitate dei* V 17

46 *de vera religione* 55,111

47 Vgl. Georg Kohler, Die „Gottesstadt“ (und eine Nachbemerkung zur „Höhle“). Zu Idee und Begriff des Utopischen, in: ders., *Die Melancholie des Detektivs – Essays*, Wien 1994, 97ff., 109: „Der utopische Futurismus unseres Jahrhunderts, dessen großer Meister Ernst Bloch ist, baut ja eben darauf, diese Annahme nicht mehr zu machen, die für Augustinus entscheidend ist: dass die wahre Zukunft *jen-seits* der hiesigen Welt liegt.“

48 Diese Bejahung bei gleichzeitiger Uninteressiertheit ist bei Sternberger kaum erfasst. Dort ist zum einen von einer „Verfluchung der ‚irdischen‘ Politik“ durch Augustin die Rede (aaO. [Fn. 38], 311). Im Hinblick auf positive Äußerungen zur staatlichen Ordnung heißt es dann irritiert (339): „Der Widerspruch lässt sich, wie mir scheint, nicht völlig auflösen.“ Zuletzt wird Augustins Philosophie in recht undeutlicher Weise doch zur Grundlage einer säkularisierten, politisierten Eschatologie gemacht (vgl. insb. 380).

49 Karl Löwith, *Sämtliche Schriften*, Band 2, hrsg. von Klaus Stichweh und Marc B. de Launay, Stuttgart 1983

augustinischen) Sichtweise und politischen Heilslehren ziehen: in beiden Fällen wird der Geschichte der Menschheit eine Ausrichtung auf einen besseren Zustand hin, eine Finalität zugeschrieben. Das ist eine Gemeinsamkeit auf einer sehr allgemeinen Ebene der Betrachtung von menschlicher Entwicklung. Wird man nur etwas genauer, erkennt man sofort den wesentlichen Unterschied: in dem einen Denken wird eine menschlich perfektionierbare Welt angenommen, im anderen eine Erlösung durch übermenschliche Kräfte. Im zweiten, augustinischen oder christlichen Fall geht es also nicht um Politik; ebensowenig um eine Verbesserung der Welt. Alles Heilsgeschehen vollzieht sich aus dieser Sicht unabhängig vom menschlichen Wollen und Werken. Diese Dinge kann nur ein modernes Verständnis verwechseln, das Geschichte unbedacht immer schon als menschlich herstellbar betrachtet, also letztlich Geschichte und Politik gleichsetzt.

Karl Löwith selbst wird nicht müde, auf diese Verschiedenheit von politischer und christlicher Orientierung hinzuweisen. In bezug auf Augustin sagt er, dass dieser der weltlichen Geschichte gerade aufgrund seiner religiösen Konzeption kein besonderes Interesse entgegengebracht habe.⁵⁰ Als hervorstechendsten Zug des neutestamentlichen Christentums bezeichnet er den Gegensatz zwischen dem Reich Gottes und den Maßstäben dieser Welt.⁵¹ Jenes stehe der politischen Geschichte gleichgültig gegenüber.⁵² Daher erscheint der moderne Geschichtsoptimismus als Gegensatz zur christlichen Anschauung: „Die moderne Überschätzung der Geschichte, der ‚Welt‘ als ‚Geschichte‘, ist das Ergebnis unserer Entfremdung von der natürlichen Theologie der Antike und von der übernatürlichen Theologie des Christentums.“⁵³ „Die gesamte moralische und geistige, soziale und politische Geschichte des Westens ist in gewissen Grenzen christlich, und doch untergräbt sie das Christentum gerade dadurch, dass sie christliche Grundsätze auf weltliche Dinge anwendet.“⁵⁴

Es bleibt demzufolge nur eine Gemeinsamkeit im ganz Allgemeinen, welche den Augustinismus mit einem weltlich-revolutionären Geschichtsdenken lose verbindet: die prinzipiell zukunftsreiche, hoffnungsvolle Einstellung. Wobei sich die Frage erhebt, ob und inwiefern das Hoffen auf bessere Zustände nicht unabhängig von allen philosophischen, religiösen oder politischen Theorien ohnehin dem Menschen eigen ist. Das braucht hier nicht erörtert zu werden. Zum Vater politischer Erlösungs-ideologien lässt sich Augustin jedenfalls auch mit Karl Löwith nicht machen.

Im übrigen gäbe es viele Missverständnisse⁵⁵ in bezug auf Augustin wohl nicht, wenn die Bibel ein bisschen besser gekannt würde. Es ist nun einmal ziemlich abenteuerlich, ihn ohne eingehendere Beschäftigung mit diesen Grundlagen verstehen zu wollen. Die Indifferenz dem Weltlichen und damit auch dem Politischen gegenüber ist ein das Christentum bestimmendes, in der Bibel häufiges Motiv. Ein paar Zitate reichen, um das deutlich zu machen. Da ist zunächst das Wort: „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers

50 Karl Löwith, aaO., 180, 185, 187, 207

51 Karl Löwith, aaO., 206. Vgl. auch Christentum, Geschichte und Philosophie, ebenfalls in: *Sämtliche Schriften* Band 2, 433ff., 439.

52 Karl Löwith, aaO., 203

53 Karl Löwith, aaO., 207; auch Christentum, Geschichte und Philosophie, aaO., 436.

54 Karl Löwith, aaO., 217

55 Exemplarisch Herfried Münkler, Politikwissenschaft. Zu Geschichte und Gegenstand, Schulen und Methoden des Fachs, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hrsg.), *Politikwissenschaft*, Reinbek 1985, 10ff., 14: „... während bei Augustinus als ‚politisch‘ die Herbeiführung eines Zustandes bezeichnet wird, in dem für die einen, die ‚Erlösten‘, alles Elend und Leid endet, während die anderen, die ‚Verdammten‘, in ewiger Hölle schmerzen werden.“ Die Herbeiführung dieses Zustandes ist bei Augustin die Sache Gottes und hat mit Politik nichts zu tun.

ist, und gebt Gott, was Gottes ist!“⁵⁶ Wozu Max Weber schrieb: „Dass man ‚dem Kaiser geben solle, was des Kaiser ist‘, bedeutet nicht etwa, wie moderne Harmonisierung will, positive Anerkennung, sondern gerade die absolute Gleichgültigkeit des Treibens dieser Welt.“⁵⁷ „Ihr gehört nicht zur Welt“, sagt Jesus zu den Jüngern.⁵⁸ Zu Pilatus sagt er: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“⁵⁹ Paulus schreibt an die Kolosser: „Richtet euren Sinn auf das, was droben ist, nicht auf das, was auf Erden ist!“⁶⁰ Und im Ersten Brief des Johannes heisst es: „Habet nicht lieb die Welt noch was in der Welt ist! Wenn jemand die Welt liebhat, ist die Liebe zum Vater nicht in ihm.“⁶¹

3. Der idealistische Ansatz

Die bisher behandelten Auffassungen von Politik verknüpfen diese mit Streit, Machtgerangel, ja Krieg. Es gibt indes auch eine ganz andere Idee des Politischen, in der für all diese Unschönheiten gar kein Platz ist. Das ist die idealistische Vorstellung von Politik. Sie beherrschte vor allem das Denken der antiken Theoretiker. Seine wichtigste Vertreterin in neuerer Zeit war Hannah Arendt.

a) Hannah Arendt

Arendt versteht Politik als Gegensatz zu Zwang und Gewalt. Von der griechischen Tradition her vertritt sie die Auffassung, „dass Zwang und Gewalt zwar immer Mittel waren, um den politischen Raum zu schützen oder zu gründen oder zu erweitern, aber als solche gerade selbst nicht politisch sind.“⁶² „Der freie Raum des Politischen erscheint dabei wie eine Insel, auf der allein das Prinzip der Gewalt und des Zwingens aus den Beziehungen der Menschen ausgeschaltet ist.“⁶³ Politik ist hier der Bereich ungezwungener zwischenmenschlicher Kommunikation. Hannah Arendt formuliert daher: „Der Sinn von Politik ist Freiheit.“⁶⁴ Ähnliche Vorstellungen begründen auch Jürgen Habermas' Konzepte deliberativer Politik.⁶⁵

Dieser Politikbegriff orientiert sich nicht an Realien, sondern an einem Ideal. Er beinhaltet nicht so sehr Politik, wie sie ist, als vielmehr Politik, wie sie sein sollte. Politik in diesem Sinne ist eine Idee, nach deren Verwirklichung man strebt. Wer den Begriff der Politik in dieser Weise bildet, setzt im Vergleich zu den realistisch orientierten Theoretikern an einer ganz anderen Stelle an. Beide Vorgehensweisen haben ihre

56 Mat. 22,21

57 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Fn. 31), 359; siehe auch 380.

58 Joh. 15,19. Siehe auch Joh. 16,33: „Ich habe die Welt überwunden.“

59 Joh. 18,36

60 Kol. 3,2

61 1. Joh. 2,15

62 Hannah Arendt, *Was ist Politik?*, München 2003, 53. Vgl. auch 93: „Gewaltsam verhielt sich die Polis als ein Ganzes zu anderen Staaten oder Stadt-Staaten, aber damit gerade verhielt sie sich ihrer eigenen Meinung nach ‚unpolitisch‘.“

63 Hannah Arendt, aaO., 100

64 Hannah Arendt, aaO., 28; siehe auch dies., *Über die Revolution*, München 1974, 9. Vgl. Spinoza, *Theologisch-Politischer Traktat*, Kapitel 20: „Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit.“

65 Vgl. v.a. *Faktizität und Geltung*, Frankfurt a. M. 1992; *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt a. M. 1996.

Berechtigung und ihren Wert. Man kann nicht sagen, dass der realistische oder der idealistische Begriff der bessere sei, sondern bloß, daß sie grundverschieden sind.

Verwirrend wirkt freilich, dass Hannah Arendt nicht nur auf die politischen Theorien, sondern eindeutig auch auf die geschichtlichen Realitäten des alten Griechenland abstellt. Ihr Politikbegriff könnte daher ebenfalls als realistisch verstanden werden. Um dieses Problem zu lösen, können wir nicht umhin, die tatsächlichen Verhältnisse in der griechischen Polis ein bisschen genauer zu betrachten. Dabei ist mit Christian Meier vorzusetzen, „dass die Polis-Welt der Griechen sich von der unseren im ganzen gründlich unterscheidet, dass sie uns fremd ist.“⁶⁶ Auch Jochen Bleicken betont die Verschiedenheit von athenischer und moderner Demokratie: „Es entmutigt zu sehen, dass die meisten ohne jede Reflexion auf das Problem ihre eigene Vorstellung von Demokratie unterstellen, und die Entmutigung wird noch größer, wenn man sieht, wie die jeweils moderne Anschauung oft auch den athenischen Verhältnissen einfach untergeschoben wird, so als ob die Athener Gewaltenteilung und Freiheitsrechte, Repräsentativsystem und die soziale Frage bereits gekannt hätten.“⁶⁷

Politik im antiken Griechenland ist etwas ganz anderes als moderne Politik. Sie ist zunächst nicht eine Sache der Vielen, sondern eine Sache Weniger. Metöken, Frauen und Sklaven sind von den politischen Rechten ausgeschlossen. Politik macht in der Polis – bezogen auf die gesamte Einwohnerschaft – eine recht kleine Gruppe von Männern, welche an der Zustimmung der Mehrheit nicht nur völlig uninteressiert ist, sondern dieser sogar Verachtung entgegenbringt. Bei Heidegger lesen wir: „Dass Heraklit von den Vielen als den Hunden und Eseln spricht, kennzeichnet diese Haltung. Sie gehört wesentlich zum griechischen Dasein. Wenn man schon bisweilen heute allzu eifrig die Polis der Griechen bemüht, sollte man diese Seite nicht unterschlagen, sonst wird der Begriff der Polis leicht harmlos und sentimental.“⁶⁸ Politik in der Polis ist Sache eines überschaubaren Kreises. Das politische Handeln gründet in persönlicher Verbundenheit. Freundschaft halte die Polis zusammen, sagt Aristoteles.⁶⁹ Politik ist für ihn deshalb nur in einem verhältnismäßig kleinen Stadtstaat möglich. Eine Einheit von 100 000 Menschen ist für Aristoteles keine Polis mehr.⁷⁰

Vielfach wird nun ein Teil für das Ganze gehalten und die Polis insgesamt mit dem gesellschaftlichen Teilbereich der politisch Berechtigten identifiziert. Man rezipiert die Ansichten von Angehörigen einer Elite und übersieht dabei, dass die Polis im Ganzen oligarchische Züge trug. Die Polis wird aus der Sicht des Bürgers, kaum aber aus derjenigen des Sklaven betrachtet – von welchem Aristoteles nicht einmal so genau wusste, ob er überhaupt ein Mensch sei.⁷¹

66 Christian Meier, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt a. M. 1980, 22

67 Jochen Bleicken, *Die athenische Demokratie*, 2. Aufl., Paderborn/München/Wien/Zürich 1994, 424. Vgl. auch Rüdiger Bubner, *Polis und Staat*, Frankfurt a. M. 2002, 31: „Die Interpretation der Welt der antiken Polis nimmt immer Aspekte in Anspruch oder privilegiert gewisse Züge, die unseren gewohnten Vorstellungen entgegenkommen und sie stützen.“

68 Martin Heidegger, *Einführung in die Metaphysik*, Tübingen 1953, 101f.

69 *Nikomachische Ethik* 1155a 22–23. Die Bedeutung der Freundschaft in seiner Philosophie wird von daher verständlicher. Mit der Freundschaft als Grundlage der Polis ist vielleicht das Nationalbewusstsein in seiner Bedeutung für den modernen Staat zu vergleichen.

70 *Nikomachische Ethik* 1170b 31–32

71 Vgl. *Politik* 1253b 30–33; 1254 b 14–26; aber auch 1259 b 27–28. Das Problem wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Mensch für Aristoteles ein politisches Wesen ist (*Politik* 1253a 1–3).

b) Aristoteles

Hannah Arendts geistiger Ahne Aristoteles ist bis heute der wichtigste Theoretiker der idealistischen Politik. Kennzeichnend für seine politische Philosophie ist der Parallelismus zwischen dem Zustand des Gemeinwesens und der Verfassung des Einzelnen. Der Mensch kann sich in seinen Augen nicht in einem Raum des Privaten entfalten, sondern nur in einem wohl geordneten Gemeinwesen. Die *politeía* ist die Verfassung des „guten Lebens“, und zwar des staatlichen wie des ökonomischen wie des kulturellen wie des individuellen Lebens. Politik ist für Aristoteles „unmittelbar der praktische Teil der *Ethik*, weil der Lebenszweck des einzelnen nur gesellschaftlich verwirklicht werden kann.“⁷²

Die Polis besteht für Aristoteles um des vollkommenen, tugendhaften Lebens willen.⁷³ Individuelle Sittlichkeit und politische Verfassung entsprechen einander.⁷⁴ Auch glücklich ist der Einzelne nur, wo es das Gemeinwesen insgesamt ist.⁷⁵ Das Individuum und die Polis sind gleichförmig.⁷⁶ Die Polis ist sozusagen der Mensch im Grossen, der Mensch die Polis im Kleinen. Daraus ergibt sich ein sehr ambitiöser Rechtsbegriff. „Das Gesetz verlangt ein Leben, das jede Form von Tugend verwirklicht.“⁷⁷ Den Gesetzen wird die Funktion der Erziehung (*paideía*) zugewiesen.⁷⁸ Abgetrennt von der Rechtsordnung ist der Mensch für Aristoteles das schlechteste Lebenwesen von allen.⁷⁹

Aus diesen Gründen ist die Staatskunst die höchste Kunst, die höchste Wissenschaft von allen.⁸⁰ Sie sorgt dafür, dass die Bürger tugendhaft werden und fähig zum guten Handeln.⁸¹ Politik und Moral sind aufs Engste verbunden. Die Polis ist nichts weniger als ein von der Gesellschaft geschiedener Zwangsverband, wie es der Staat nach dem Verständnis des modernen Liberalismus ist. Eher schon lässt sich aus der liberalen Dichotomie der Begriff der Gesellschaft mit der antiken Vorstellung von Polis in Verbindung bringen. Wenn Aristoteles über die Polis = die Gesamtheit der Bürger spricht, so besteht eine gewisse Ähnlichkeit mit der modernen Rede über die „gesellschaftlichen Verhältnisse“.

Wenn bei Aristoteles auch alle Differenzierungen in Recht und Moral oder Staat und Gesellschaft ausfallen, so nimmt er doch eine interessante Unterscheidung zwischen politischer und despotischer Herrschaft vor.⁸² Politische Herrschaft (*politikè arché*) ist die Regierung von Freien über Freie; eine Führung unter Gleichartigen, die mit „Herrschaft“ eigentlich irreführend übersetzt wird. Über- und Unterordnung wechseln sich hier ab, und jeder Regierende muss auch bereit sein, sich regieren zu lassen. Die Polis ist eine Gemeinschaft von Gleichen; als Staatsbürger sind die Menschen gleich. Daneben gibt es bei Aristoteles aber auch die despotische Herrschaft (*despotikè arché*): die Macht über Unfreie, insbesondere also des Herrn über den Sklaven. Diese zweite Form der Herrschaft hat ihren Platz im häuslichen Bereich. In ihm gelten die demokratischen Prinzipien nicht. Deshalb ist der Bereich des Politischen bei Aristoteles

72 Walter Schlangen, *Theorie der Politik*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1974, 92

73 *Politik* 1252b 27–30; 1280b 6–1281a 10; 1328a 35–37

74 Vgl. *Nikomachische Ethik* 1142a 9–10.

75 *Politik* 1323b 29–36

76 Vgl. *Nikomachische Ethik* 1152a 19–24.

77 *Nikomachische Ethik* 1130b 23–24

78 *Nikomachische Ethik* 1179a 33ff.; *Politik* 1333a 14ff. (Bücher 7 u. 8 allg.)

79 *Politik* 1253a 31–33

80 *Nikomachische Ethik* 1094a 26–1094b 11; *Politik* 1282b 14ff.

81 *Nikomachische Ethik* 1099b 30–32

82 *Politik* 1277a 29–1277b 13

tatsächlich der Bereich von Freiheit und Gleichheit, aber eben nur als Gegenwelt zu einem Privatbereich mit festen Über- und Unterordnungen.

c) Platon

Aristoteles betont diese Unterschiedlichkeit der Herrschaftsformen und -bereiche gegen Platon.⁸³ Dieser hatte eine derartige Differenzierung nicht gemacht und eine prinzipielle Gleichartigkeit zwischen der Herrschaft im Haus und derjenigen im Staat angenommen.⁸⁴ Aristoteles setzt sich in der „Politik“ bekanntlich sehr kritisch mit seinem Lehrer auseinander.⁸⁵ Er warf ihm vor allem mangelnden Realitätssinn vor.⁸⁶ Dennoch bewegen sich Platon und Aristoteles in der gleichen Denkwelt und haben ihre Vorstellungen von Politik große Ähnlichkeit.⁸⁷ Auch bei Platon gibt es wahre menschliche Entfaltung nur im geordneten Gemeinwesen.⁸⁸ Auch für ihn besteht der Zweck der Gesetze in der Erziehung zur Tugend.⁸⁹ Auch bei ihm entsprechen sich Polis und menschliche Seele. Das eine spiegelt sich im anderen.⁹⁰

Darüber hinaus vertritt Platon indes ein Ideal vollständiger Durchformung und Harmonisierung des Staatswesens, das Aristoteles nicht teilte. Die gesamte Stadt soll eine organische Einheit bilden.⁹¹ Sie ist eine Komposition⁹², an deren Spitze Philosophenkönige stehen sollen.⁹³ Diese sind aufgrund ihrer intellektuellen und seelischen Kräfte zur Führung des Gemeinwesens berufen, wie auch der Platz und die Funktion aller anderen Menschen feststeht. Die ganze gesellschaftliche Ordnung ist vorgegeben und braucht nur gepflegt und aufrechterhalten zu werden. Politik ist also nicht ein ergebnisoffenes Zusammenwirken unter Gleichen wie bei Aristoteles, sondern Herrschaft von dazu natürlicherweise Befähigten entlang einer feststehenden und nichtdiskutierbaren Idealvorstellung.

83 *Politik* 1252a 7–9

84 Vgl. *Politikos* 259b.

85 Insb. im zweiten Buch; *Politik* 1264a 5ff.

86 Vgl. *Politik* 1288b 35–39: „Die meisten, die sich über Verfassungen geäußert haben, haben zwar ausgezeichnete Dinge gesagt, aber keine brauchbaren. Denn man darf nicht nur auf die beste Verfassung hinschauen, sondern auch auf die mögliche und diejenige, die verhältnismäßig leicht und überall zu verwirklichen ist.“

87 Vgl. Hiltrud Nassmacher, *Politikwissenschaft*, 4. Aufl., München/Wien 2002, 318: „Allerdings basiert die aristotelische Politik selbst dort auf platonischen Begriffen, wo sie gegen Platon polemisiert.“

88 Umgekehrt macht eine verkehrte Staatseinrichtung die Menschen schlecht; vgl. *Politeia* 492e–493a, 552e.

89 So auch und gerade im vergleichsweise realistischen Spätwerk *Nomoi*; vgl. *Gesetze* 630eff., 688aff., 705d, 770bff., 963a.

90 Vgl. Walter Patt, *Grundzüge der Staatsphilosophie im klassischen Griechentum*, Würzburg 2002, 47ff. Daher kann die Kardinaltugend der *sophrosyne* – erörtert v.a. im Charmides – im Dialog *Politikos* gleichsam auf den Staat übertragen werden, im Sinne eines Ausgleichs extremer Charakterformen.

91 *Politeia* 423d; 462b: „Kennen wir nun ein größeres Übel für den Staat als dasjenige, welches ihn zerreißt und ihn zur Vielheit macht anstatt zur Einheit?“ Die Gesetze sollen diese Einheit herstellen, indem sie jeden Bürger so formen, dass er für das Gesamte am besten ist: *Politeia* 519e–520a.

92 Gegen den ästhetischen Charakter von Platons Politikverständnis wandte sich später Karl Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Band 1, Der Zauber Platons, 7. Aufl., Tübingen 1992, bes. 196ff.; auch Band 2, 324: „Es gibt also wohl so etwas wie ein romantisches oder ästhetisches Element in der Erziehung: ein Element, das keinen Eingang in die Politik finden sollte.“ Der Politiker solle sich auf einen Kampf gegen die Übel beschränken (ebd.).

93 *Politeia* 473d

Nicht unkompliziert ist Frage nach dem Verhältnis dieser Konzeption zur Wirklichkeit in Platons eigenem Verständnis. Er selbst scheint die Möglichkeiten der Realisierung schwankend beurteilt zu haben. Die Ausführung könne die Darstellung in den Worten zwar nicht erreichen, heißt es in der „Politeia“⁹⁴; sie sei schwer durchführbar – aber doch irgendwie möglich.⁹⁵ Ein von jeder Realität losgelöstes Traumbild war die Polis, wie er sie sich vorstellte, für Platon jedenfalls nicht. Seine „Politeia“ lässt sich nicht mit der „Utopia“ eines Thomas Morus oder der „Città del Sole“ von Tommaso Campanella in eine Reihe stellen.

Wenn Platon die Umsetzbarkeit seiner Konzeption auch prinzipiell bejahte, so musste er mit Blick auf die Wirklichkeit doch erkennen, dass eine solche zumindest vorerst nicht gelingen würde. Daher finden sich in seinem Werk viele Stellen, welche den Philosophen den Rückzug von der Öffentlichkeit empfehlen und die Philosophie in einen Gegensatz zur Politik stellen. Platons Sokrates betont verschiedentlich, dass er sich nicht politisch engagiere.⁹⁶ In der Apologie heißt es: „Notwendig muss, wer in der Tat für die Gerechtigkeit streiten will, auch wenn er sich nur kurze Zeit erhalten soll, ein zurückgezogenes Leben führen, und auf die Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten verzichten.“⁹⁷ In der „Politeia“ sagt Sokrates⁹⁸: „Wer also dies alles [dass der Philosoph gegenüber dem Unverstand der Menge machtlos ist] in Erwägung zieht, der hält sich bescheiden zurück und beschränkt sich auf seine persönlichen Angelegenheiten, tritt wie bei einem Unwetter, wenn Staubwirbel und Platzregen vor dem Luftstrom daherbrausen, unter ein Obdach und ist bei dem Anblick der anderen, die sich vor Zuchtlosigkeit nicht zu lassen wissen, zufrieden, wenn er selbst – gleichviel wie – unbefleckt von Ungerechtigkeiten und frevelhaften Taten sein irdisches Leben beschließt und heiteren und zuversichtlichen Sinnes unter guter Hoffnung aus ihm abscheidet.“⁹⁹

Es schwingt viel Enttäuschung mit an diesen Stellen. Im idealen Gemeinwesen stünden die Philosophen eben nicht abseits, sondern an der Spitze. Der Rückzug ist bloß die zweitbeste Lösung für den Fall, dass die Polis nicht so ist, wie sie sein sollte. Auf das zitierte Unwetter-Gleichnis hin sagt Adeimantos, ein solche zurückgezogene Existenz des Philosophen sei nichts Geringes. Sokrates antwortet: „Aber auch nicht das Größte, wenn ihm nicht ein Gemeinwesen beschieden war, das seinen Forderungen entsprach.“¹⁰⁰

Platon, Aristoteles und ihre späte Schülerin Hannah Arendt vertreten einen Begriff des Politischen, der nicht vom zwischenmenschliche Konflikt ausgeht, sondern von der Bemühung um die Vervollkommnung der menschlichen Gemeinschaft. Das Politische ist in diesem Verständnis der Ort, wo die gesellschaftlichen Verhältnisse und damit die Lebensbedingungen jedes Einzelnen verbessert werden – bei Aristoteles und Hannah Arendt im Wege zwangloser Diskussion unter Gleichen, bei Platon durch Philosophen, die auch Herrscher sind.

94 *Politeia* 473a

95 *Politeia* 540d

96 *Gorgias* 473e–474a; vgl. auch die Trennung von Philosophie und Politik in 500c. Dies wird auf die warnende Stimme eines Dämons zurückgeführt: *Apologie* 31c/d.

97 *Apologie* 32a

98 *Politeia* 496d

99 Vgl. auch *Politeia* 500b: Wer seinen Geist auf das Seiende gerichtet hat, hat gar keine Zeit, sich um das irdische Treiben zu kümmern; *Politeia* 517c: Wer die Höhe der göttlichen Anschauungen erreicht hat, verspürt keine Neigung, sich den menschlichen Alltagsgeschäften zu widmen; *Politeia* 550a: Den Leuten wird aber eingeredet, wer sich auf seine persönlichen Angelegenheiten konzentriere, handle falsch. Zur Weltfremdheit des Philosophen auch *Theätet* 173cf.

100 *Politeia* 497a

4. Elemente

Die Vielfalt der Politikbegriffe ist deutlich geworden und sicherlich geeignet, jeden zu entmutigen, der eine Definition von Politik sucht. Dennoch soll im Folgenden versucht werden, die wesentlichen Elemente des Politischen zusammenzutragen und auf dieser Grundlage den Begriff „Politik“ zu bestimmen. Das kann kaum in der Art einer Synthese der vorgefundenen Begriffe erfolgen. Die Grundverschiedenheit dieser Vorstellungen ist ja sichtbar geworden. Jedoch kann eine kritische Prüfung einzelner Auffassungen den Ausgangspunkt einer eigenen Definition bilden. Wenn wir etwa Hannah Arendts Politikbegriff auf seine Anwendbarkeit hin untersuchen, so zeigt sich, dass er recht unpraktisch und nur in engen Grenzen brauchbar ist. Das größte Problem besteht darin, dass Arendt alles ausblendet, was mit Durchsetzung zu tun hat.

Die Durchsetzung gefundener Lösungen gehört aber wesentlich zur Politik. Politik besteht nicht nur in Diskussionen und Überlegungen. Solches ist Teil von Politik, geschieht in ihrem Bereich aber immer im Hinblick auf spätere Realisierungen. Zur Politik gehören die Gedanken, aber eben auch die Taten. Sie ist auf Beschlüsse und ihre Durchsetzung gerichtet. „Echte Politik hat daher darauf zu achten, dass aus allen Überlegungen, Verhandlungen usw. auch ein Ergebnis hervorgeht.“¹⁰¹ Es geht in der Politik nicht um eine Suche nach Richtigkeit und Einsicht, die sich unbekümmert um alle Umsetzungschancen vollziehen könnte. Politik ist nicht ein Austausch und eine Ausbreitung von Gedanken, die gutheißen und annehmen kann, wer will. Mit anderen Worten: Politik ist nicht Philosophie.¹⁰²

Was politisch entschieden ist, das gilt. Die Politik macht nicht Vorschläge, sondern trifft Entscheidungen. Ihre Ergebnisse sind verbindlich. Die Verbindlichkeit ist denn auch Bestandteil vieler Politik-Definitionen, die man in Lehrbüchern und Gesamtdarstellungen findet: „Politik ist jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen (d.h. von ‚allgemeiner Verbindlichkeit‘) in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt.“¹⁰³ Politik ist „ein auf das Verhalten anderer bezogenes zweckhaftes Handeln, das mit dem Ziel ausgeübt wird, gesellschaftliche Konflikte verbindlich zu regeln.“¹⁰⁴ „Politik ist die Herstellung allgemeinverbindlicher Entscheidungen zur Lösung öffentlicher Probleme bei nicht voraussetzendem Konsens.“¹⁰⁵

Mit dem Begriffselement der Verbindlichkeit befinden wir uns in unmittelbarer Nähe zu dem Begriff, der im Zentrum mancher Politikdefinitionen steht: Macht. Sie gehört zur Politik. Politik setzt sich auch gegen Widerstände durch. Ihre Entscheidungen müssen sich in demokratischen Systemen auf die Zustimmung einer Mehrheit zurückführen lassen. Sind sie aber einmal getroffen, binden sie auch die, welche nicht einverstan-

101 Herbert Krüger (Fn. 3), 684

102 Hier liegen die grossen Probleme bei der Übertragung der Diskursethik auf Politik und Recht; vgl. Walter Reese-Schäfer, *Grenzgötter der Moral*, Frankfurt a. M. 1997, 148: „Der unbegrenzte Diskurs ist in keiner politischen Realität vorstellbar und auch nicht wünschenswert. Er gehört in die Welt des unverbindlichen entscheidungsfernen Gesprächs oder der auf unbegrenzte Zeiträume angelegten philosophischen Selbstreflexion.“

103 Werner J. Patzelt, *Einführung in die Politikwissenschaft*, 5. Aufl., Passau 2003, 23 (zur allgemeinen Verbindlichkeit dann auch 27). Die Definition von Patzelt wird übernommen bei Manfred Mols, Politik als Wissenschaft: Zur Definition, Entwicklung und Standortbestimmung einer Disziplin, in: Manfred Mols/Hans-Joachim Lauth/Christian Wagner (Hrsg.), *Politikwissenschaft: Eine Einführung*, 4. Aufl., Paderborn/München/Wien/Zürich 2003, 25ff., 28.

104 Paul Kevenhörster, *Politikwissenschaft*, Band 1, Opladen 1997, 15; in Anlehnung an Gerhard Lehmbruch, *Einführung in die Politikwissenschaft*, 4. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, 17; dieser wird zitiert bei Helmut König, *Orientierung Politikwissenschaft*, Reinbek 1999, 54.

105 Arno Waschkuhn, *Grundlegung der Politikwissenschaft*, München/Wien 2002, Vorwort

den sind. Das können auch in Demokratien 49% der Bevölkerung sein, in Diktaturen alle. Eine Politik, die das Einverständnis jedes Einzelnen braucht, gibt es nicht. Damit fielen eben in aller Regel die Entscheidungen aus. Der Bereich des Politischen wäre verlassen und der einer – in den wichtigen gesellschaftlichen Fragen endlosen – Diskussion betreten.

In diesem Zusammenhang wird klarer, weshalb Politik häufig untrennbar mit dem Staat verbunden wird. Die Politik bedarf eines Instrumentariums, das die sichere Durchsetzung ihrer Resultate auch gegen Widerstände sichert. Dieses Instrument kann realistisch nur der Staat mit seinen Institutionen sein. Jellinek schreibt: „Diese Macht unbedingter Durchsetzung des eigenen Willens gegen anderen Willen hat nur der Staat.“¹⁰⁶ Der politische Wille muss in einer Gesellschaft gegen andere Auffassungen durchgesetzt werden können. Deshalb wird Politik *praktisch* immer auf den Staat bezogen sein. *Begrifflich* sollte zwischen Staat und Politik dennoch getrennt werden.

Die Mittel des Staates sind nämlich nicht die einzig denkbaren, die eine solche allgemeine Verbindlichkeit gewährleisten können. Den Staat kennzeichnet nach Max Weber sein Monopol des legitimen physischen Zwanges.¹⁰⁷ Politische Durchsetzbarkeit wird praktisch ebenso auf physischem Zwang beruhen.¹⁰⁸ Doch gibt es auch andere Machtmittel, deren sich die Politik bedienen könnte.¹⁰⁹ Macht ist, wie namentlich Hannah Arendt und Elias Canetti dargelegt haben, nicht mit Gewalt gleichzusetzen.¹¹⁰

Praktisch wird nur physische Gewaltbarkeit die Befolgung der politischen Vorgaben in bezug auf ganze Gesellschaften mit der nötigen Zuverlässigkeit garantieren können. Doch ist es zum Beispiel vorstellbar, dass menschliches Verhalten mit Suggestionstechniken sicher gesteuert werden könnte und Politik sich in diesem Fall um die Beherrschung dieser Techniken drehen würde. Könnte Politik ihre spezifisch umfassende Wirkung anders als durch physischen Zwang erreichen, würde sie dies möglicherweise tun. Politik und Staat sind daher theoretisch auseinanderzuhalten, eingedenk ihrer Verbundenheit in der Praxis.

Das darf indes nicht dazu führen, dass man politische Macht mit anderer gesellschaftlicher Macht einfach gleichsetzt. Solches geschieht deutlich zu häufig und zu leichtfertig; wenn etwa die Macht von Wirtschaftsunternehmen mit derjenigen der Politik verglichen und behauptet wird, die Lenker großer Konzerne hätten mittlerweile „viel mehr Macht“ als die Politiker. In der Praxis zeigt sich der Unterschied zwischen privater und politischer Macht in ihren Mitteln. Politische Macht beruht zuletzt auf legitimer Gewalt, andere Macht tut dies nicht. Das alleinige Abstellen auf die Unterschiedlichkeit der Mittel ist jedoch wenig geeignet, die Verschiedenheit der Machtformen theoretisch richtig zu

106 Georg Jellinek (Fn. 2), 180

107 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Fn. 31), 29.

108 Deshalb verbindet Max Weber Politik mit physischem Zwang; *Wirtschaft und Gesellschaft* (Fn. 31), 29: „Politischer Verband soll ein Herrschaftsverband dann und insoweit heißen, als sein Bestand und die Geltung seiner Ordnungen innerhalb eines angebbaren geographischen Gebiets kontinuierlich durch Anwendung und Androhung physischen Zwangs seitens des Verwaltungsstabes garantiert werden.“ Im übrigen unterscheidet Weber aber zwischen politischem Verband und Staat; vgl. dazu Stefan Breuer, *Der Staat*, Reinbek 1998, 14.

109 Vgl. Anton Pelinka, *Grundzüge der Politikwissenschaft*, 2. Aufl., Wien/Köln/Weimar 2004, 22: „Macht ... bedeutet die Fähigkeit, den eigenen Willen auch gegen Widerstrebende durchzusetzen, gleichgültig, worauf diese Fähigkeit gegründet ist – sei es auf physische Gewalt, sei es auf persönliche Überzeugungskraft, sei es auf Gewohnheit, sei es auf Gesetz und Verordnung.“

110 Vgl. Hannah Arendt, *Macht und Gewalt*, München 1970; Elias Canetti, *Masse und Macht*, Frankfurt a. M. 1980, 333ff.

erfassen – zumal die Mittel teilweise doch die gleichen sind und sich überdies ändern können. Es ist vielmehr zu fragen, weshalb sich die politische Macht anderer Mittel bedient (bedienen kann, bedienen darf) als etwa die ökonomische Macht. Man wird dann auf die unterschiedliche Art der Begründung der Machtbeziehung aufmerksam werden; respektive auf die unterschiedliche Reichweite der jeweiligen Macht.

Beziehungen zu einem Wirtschaftsunternehmen basieren letztlich auf individuellen Entscheidungen. Es gibt zwar auch Machtstrukturen unter Privaten, die sich nicht auf freiwillige Entschlüsse zurückführen lassen – man denke etwa an die Verhältnisse in einem Familienverband. Auch in diesen Fällen gibt es die gesellschaftliche Macht aber nur zwischen besonderen, individuell bestimmten Personen. Sie ist nur möglich in Beziehungen, die entscheidend persönlich geprägt sind. Genau diese persönliche Dimension überschreitet die Politik. Sie bezieht sich auf anonyme Gruppen. Sie ist generell und abstrakt. Angeknüpft wird nur an die Niederlassung in einem bestimmten Gebiet oder an die Zugehörigkeit zu einem „Volk“ – wobei dieses zweite ein höchst künstliches Gebilde und praktisch auch stärker territorial als ethnisch geprägt ist.¹¹¹ Daher ist Politik mit einer gewissen Notwendigkeit räumlich gebunden. Sie betrifft in einem bestimmten Gebiet alle. Ihre Ergebnisse haben im jeweiligen Raum allgemeine Gültigkeit. Aus diesen Ansprüchen heraus muss sie zum Mittel des physischen Zwanges greifen und den Unwilligen mit den Mittel des Strafrechts zur Einhaltung ihrer Vorschriften zwingen können. Eine Wirtschaftsunternehmung käme in eine solche Rolle erst, wenn sie sich etwa zum Ziel setzte, dass in einem bestimmten Gebiet ausnahmslos alle Personen ihre Produkte konsumieren müssten. Dazu müsste sie sich der gleichen Machtmittel wie die Politik bedienen, und ihre Macht würde so etwas wie politische Macht werden – wodurch sie mit dieser freilich sofort in Konflikt geriete und zurückgewiesen würde.

Politik hat also kein Machtmonopol.¹¹² Nicht alle Macht ist politisch.¹¹³ Es gibt private Macht, Wirtschaftsmacht, Medienmacht. Aber Politik hat ein Monopol darauf, für einen bestimmten Raum Regelungen von allgemeiner Verbindlichkeit zu treffen, denen jeder unabhängig von seiner Zustimmung unterworfen ist. Der Wille zur gesamtgesellschaftlichen Durchsetzung kennzeichnet die Politik und bestimmt die von ihr eingesetzten Mittel. Der politische Beschluss ist demnach nicht nur verbindlich – er ist *allgemein* verbindlich. Der politischen Macht sind alle unterworfen.¹¹⁴ Die politische Regelung gilt generell. Politik braucht daher nicht unbedingt den modernen Staat, aber unbedingt einen Raum, in dem das politisch Entschiedene dann auch allgemein gültig ist.¹¹⁵

Politik ist auf die Allgemeinheit bezogen.¹¹⁶ Sie hat immer eine totalgesellschaftliche Orientierung. Deshalb muss politisches Reden und Handeln planvoll erscheinen

111 Es gibt viel mehr „Nationen“ als Staaten und Staatsvölker; vgl. Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt*, München 1999, 443: „Theoretisch gibt es zwar nur Nationalstaaten, praktisch aber fast nur multinationale Staaten.“

112 Vgl. Dirk Berg-Schlosser/Theo Stammen, *Einführung in die Politikwissenschaft*, 7. Aufl., München 2003, 27: „...in nahezu allen sozialen Beziehungen wird sich Macht beobachten lassen.“

113 Wer diese Unterscheidungen nicht trifft, wird – weil er in allen gesellschaftlichen Bereichen Macht antrifft – immer zum Schluss kommen, das alles politisch ist (vgl. z.B. Patzelt [Fn. 103], 28) und bei extrem geringer begrifflicher Reflektiertheit behaupten können, dass „das Private politisch“ sei. Das Politische verliert damit offensichtlich jede Kontur und jede Grenze.

114 Vgl. Thomas Meyer, *Was ist Politik?*, 2. Aufl., Opladen 2003, 41, 44, 49f.

115 Vgl. Hannah Arendt (Fn. 62), 40f.: „Das Entscheidende dieser politischen Freiheit ist, dass sie räumlich gebunden ist.“

116 Klaus Stern, *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Band I, 2. Aufl., München 1984, 18f.

und sich stets auf eine Gesamtkonzeption berufen können. Politik ist zumindest ihrem eigentlichen Charakter nach nicht partikulär, situativ und einzelfallbezogen, sondern allgemein und abstrakt. Eine politische Partei muss ein Programm haben und im Parlament prinzipiell zu jeder Frage Stellung nehmen können.¹¹⁷

Die Ausrichtung aufs Allgemeine ist ein kennzeichnendes Merkmal des Politischen, anhand dessen sich politische von unpolitischen Aktivitäten abgrenzen lassen. Nicht jede Bemühung um Verbesserung oder Veränderung ist politisch. Das lässt sich mit einigen Beispielen zeigen: Wer einen Kranken pflegt, handelt nicht politisch. Wer hingegen die allgemeinen Bedingungen der Krankenpflege verbessern will, engagiert sich politisch. Wer Altglas zum Zwecke der Wiederverwertung sammelt, handelt nicht politisch. Wer dagegen eine allgemeine Pflicht zur Sammlung von Altglas fordert, engagiert sich politisch. Wenn jemand den Lehrer seiner Kinder aufsucht und von ihm verlangt, er möge seinem Sohn mehr von der Grammatik vermitteln, handelt er nicht politisch. Erst wenn der gleiche Mensch verlangt, *die Lehrer sollten den Kindern in den Schulen* mehr Grammatik beibringen, erhebt er eine politische Forderung.

Die gesamtgesellschaftliche Ausrichtung gehört fest zur Politik. Deshalb ist sie mit einer gewissen begrifflichen Notwendigkeit gesellschaftliche Zentralinstanz. Politik erhebt gegenüber den anderen Gesellschaftsbereichen einen Souveränitätsanspruch. Sie hat eine natürliche Zuständigkeit für alle offenen Fragen und Probleme, soweit diese die Gesellschaft insgesamt betreffen. Daher ist es problematisch, diese umfassenden Anspruch der Politik und die entsprechenden Erwartungen an sie als überholt und anachronistisch zu betrachten.¹¹⁸ Politik ist schon von ihrem Begriff her mehr als nur ein Teilsystem unter anderen. In gewisser Weise wird das selbst in der Systemtheorie Niklas Luhmanns deutlich. Denn Politik ist dort das Bereithalten der Kapazität zu kollektiv bindendem Entscheiden.¹¹⁹ Auch nach diesem Verständnis zielt Politik also auf kollektiv bindende Entscheidungen. Durch solche Entscheidungen werden Systemgrenzen aber eigentlich überschritten.

Mit dem politischen Blick auf die gesamte Gesellschaft geht ein kreatives, gestalterisches Element einher. Politik will die öffentlichen Angelegenheiten gestalten. Sie hat auch mit Fantasie und Visionen zu tun. Während Hannah Arendt den praktischen Bezug von Politik vernachlässigte, werden diese Wesenszüge der Politik zuwenig berücksichtigt, wo diese auf einen Kampf um Macht reduziert wird. Auch die gestalterischen Komponenten des Politischen kommen in aktuellen Deutungen jedoch verschiedentlich zum Ausdruck; wenn es etwa heißt: „Unter dem vieldeutigen Wort ‚Politik‘ wird die dynamische und zukunftsgerichtete Leitung und Gestaltung des öffentlichen Lebens im Ganzen und seiner Sachbereiche (z.B. Rechtspolitik, Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik, Sozial- und Umweltpolitik) verstanden.“¹²⁰ „Als Gestaltung des gemeinen Wesens ist

117 Dieser Bezug des Politischen zum Allgemeinen hat Wilhelm Grewe zur These verleitet, dass Parteien sich am Gemeinwohl zu orientieren hätten; vgl. Zum Begriff der politischen Partei, in: *Um Recht und Gerechtigkeit*, Festgabe für Erich Kaufmann, Stuttgart/Köln 1950, 65ff., 78ff.

118 Eine entsprechende Tendenz ist zum Beispiel bei Niklas Luhmann feststellbar; vgl. etwa *Ökologische Kommunikation*, 3. Aufl., Opladen 1990, 167f.: „Noch heute wird gesellschaftliche Integration oder Lösung aller anderswo nicht lösbaren Probleme zentral von der Politik erwartet.“

119 Vgl. Niklas Luhmann (Fn. 33), 84, 227, 254; auch ders., *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München/Wien 1981, 83.

120 Hans J. Wolff/Otto Bachof/Rolf Stober, *Verwaltungsrecht I*, 11. Auflage, München 1999, § 20 Rz. 28

Politik selbständige Zielsetzung, Formung und Willensäußerung.“¹²¹ „Der Begriff des Politischen bezieht sich m.E. auf die soziale Gestaltung und Behauptung nach innen und außen.“¹²² „Der Politiker, vor allem, wenn er den Rang eines Staatsmanns hat, muss aus ungebundener Schöpferkraft zur Durchsetzung seiner Ziele und seines Werks handeln.“¹²³ Nach Hans Buchheim entsteht ein politischer Verband, „wenn die Mitglieder einer Gesellschaft ihre gesamtsoziale Interaktion, die zunächst nur unwillkürlicher Effekt bzw. ein lediglich vorhandenes, nicht-intendiertes Ganzes ist, durch eine gesamtsoziale situative Disposition zusätzlich im Modus einer gewollten Einheit aktualisieren und gestalten.“¹²⁴ Aus diesem Verständnis heraus wird „politisch“ auch als Gegensatz zu rechtlicher Gebundenheit¹²⁵ und insbesondere zum Bereich der Verwaltung definiert. Bei Rudolf Smend beispielsweise heißt es: „Von diesem Standpunkt aus bestimmt sich die Regierung als der Teil des bezeichneten Bereichs, der in den Kreis der Politik fällt, d.h. in dem der Staat sich und sein Wesen bestimmt und durchsetzt, die Verwaltung dagegen als der Teil, in dem der Staat anderen Zwecken dient oder nur die technischen Mittel für seine politischen Funktionen schafft.“¹²⁶ „Denn das Staatsrecht hat das Politische zum Gegenstande, es ist politisches Recht im Gegensatz zum Verwaltungsrecht, das technisches Recht ist.“¹²⁷

Auch solche Gegenüberstellungen habe ihre erhellende Wirkung. Falsch wäre es aber, das Politische fest mit bestimmten Teilbereichen der Staatsstruktur zu verbinden und von anderen zu behaupten, sie wären durch und durch unpolitisch. Justiz und Verwaltung sind nicht deswegen im wesentlichen unpolitisch, weil sie Justiz und Verwaltung sind, sondern weil sie konkrete Fälle behandeln. Sie sind weniger aufs Allgemeine ausgerichtet als die Legislative und auch die Spitze der Exekutive. Gerichtliche Urteile und Verfügungen der Verwaltung sind verbindlich, aber eben nur für Einzelne und nicht allgemein. Gleichwohl haben auch diese Staatsbereiche – und zwar in zunehmendem Maße – ihre Anteile am Politischen.

5. Fazit

Es bleibt die Aufgabe, die gewonnenen Erkenntnisse in einer kurzen Definition von Politik zusammenzufassen. Das Ergebnis solcher Bemühung könnte etwa lauten:

Der Begriff „Politik“ bezeichnet die Praxis, die darauf abzielt, die gesellschaftlichen Verhältnisse in allgemeinverbindlicher und machtvoller Weise zu gestalten.

Diese Formel besteht aus fünf Elementen:

- „die darauf abzielt“: Politisch sind nicht nur die Einwirkungen auf die Gesellschaft selbst, sondern auch die Bemühungen, in eine Position der Macht zu gelangen, welche diese Wirkungsmöglichkeiten verleiht. So ist sicherlich das Handeln einer

121 Ulrich Scheuner (Fn. 7), 260

122 Martin Drath, Die Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit, in: *VVDStRL* 9 (1950), 17ff., 95 (in Fn. 13)

123 Hartwig Bülck, Abhängigkeit und Selbständigkeit der Verwaltung, in: Fritz Morstein Marx (Hrsg.), *Verwaltung – Eine einführende Darstellung*, Berlin 1965, 52ff., 54

124 Hans Buchheim, *Theorie der Politik*, München/Wien 1981, 96

125 Vgl. Carl Bilfinger, Betrachtungen über politisches Recht, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 1 (1929), 57ff., 59; Wilhelm Wengler, *Der Begriff des Politischen im internationalen Recht*, Tübingen 1956, 5, 35.

126 Rudolf Smend, Die politische Gewalt im Verfassungsstaat und das Problem der Staatsform, in: *Staatsrechtliche Abhandlungen*, 3. Aufl., Berlin 1994, 69ff., 79

127 Rudolf Smend, aaO., 82

Partei auch dann politisch, wenn sie nicht regiert, sondern die Opposition bildet. Ebenso sind außerparlamentarische Gruppierungen, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern wollen, als politisch zu bezeichnen, auch wenn ihnen die Mittel zur Umsetzung ihrer Ideen fehlen.¹²⁸

- „die gesellschaftlichen Verhältnisse“: Politik bezieht sich nicht auf einzelne Gemeinschaften, sondern auf die Gesellschaft insgesamt. Sie betrifft die Allgemeinheit, also einen anonymen Kreis von Menschen. Zur Verdeutlichung könnte – mit einem Zug ins Pleonastische – auch von „gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen“ gesprochen werden.
- „allgemeinverbindlich“: Politik trifft bindende Entscheidungen. Diese politischen Entscheidungen sind generell-abstrakter Natur, betreffen also prinzipiell alle.
- „machtvoll“: Politik kann nicht die Zustimmung jedes Einzelnen zur Bedingung ihres Handelns machen. Deshalb setzt sie ihre Vorstellungen auch gegen Widerstände durch. Dazu muss sie praktisch auf die Mittel des physischen Zwanges, auf legitimierte Gewaltsamkeit zurückgreifen.
- „gestalten“: Damit soll in möglichst allgemeiner Weise gesagt sein, dass Politik die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht einfach so belassen möchte, wie sie sie vorfindet, sondern in unterschiedlichem Ausmaß immer einen Veränderungswillen hat. Wie weit die politischen Wirkungsmöglichkeiten gehen sollen, ist strittig. Einige sehen die Aufgabe der Politik nur in der Sicherung einer äußeren Ordnung, andere in der Verbesserung der sozialen Verhältnisse auf möglichst ideale Zustände hin.¹²⁹ Dementsprechend könnte man die Verben „ordnen“ oder „verbessern“ einsetzen. „Gestalten“ soll beide Sichtweisen aufnehmen können, ohne so farb- und konturlos zu sein wie etwa „einwirken“ oder „beeinflussen“.

Auch diese Definition von Politik kann sicherlich nicht alle bestehenden Ansichten integrieren. Um dem Begriff Inhalt zu geben, muss man seinen Umfang begrenzen. Doch sind die verschiedenen Auffassungen berücksichtigt worden und in die Umschreibung eingeflossen. Ihren Schwerpunkt dürfte die vorgeschlagene Definition im Bereich des realistischen Ansatzes und des modernen Verständnisses haben. Sie ist jedoch auch vom Bemühen geprägt, Politik nicht bloss instrumentell zu verstehen und das Mittel der Macht nicht als ihren einzigen Inhalt zu begreifen. Die positiven Orientierungen des griechischen und Arendtschen Verständnisses können und sollen aus dem Wortfeld „Politik“ nicht verbannt werden. Dabei muss bewusst bleiben, wie tief die Klüfte zwischen den verschiedenen Begriffen von Politik sind. Bei Sternberger heißt es: „Die zwei Arten [des Politischen] sind so gründlich voneinander verschieden, dass man sich aufs höchste verwundern muss, wie sie überhaupt zu einem und demselben Namen kommen, sich in einem und demselben Namen vereinigen konnten.“¹³⁰ Christian

128 Vgl. Hermann Heller (Fn. 4), 205: „Nicht jede politisch wirkende Macht ist also Staatsmacht, aber jede – und das bestimmt unsere Begriffsbildung – will es ihrer Sinnfunktion nach werden.“ Auch Niklas Luhmann (Fn. 33), 242: „Das Erkennungsmerkmal ‚politisch‘ ergibt sich daraus, dass sie den Staat oder auch politische Parteien, also Organisationen des politischen Systems zu beeinflussen suchen.“ Max Weber unterscheidet in dieser Hinsicht zwischen eigentlich politischem Handeln und „politisch orientiertem“ Handeln: *Wirtschaft und Gesellschaft* (Fn. 31), 30.

129 Dieser Gegensatz ist das Thema des Buches *Zuversicht und Skepsis – Zwei Prinzipien neuzeitlicher Politik* von Michael Oakeshott (Berlin 2000; orig. *The Politics of Faith and the Politics of Scepticism*, London 1996).

130 Dolf Sternberger, *Drei Wurzeln der Politik* (Fn. 38), 35. Im Hinblick auf den Unterschied zwischen der Identifikation des Politischen mit einem bestimmten Zweck oder aber mit Mitteln und der Geschicklichkeit im Umgang mit denselben – bezogen also auf den Unterschied zwischen einem aristotelischen und einem „machiavellistischen“ Politikbegriff.

Meier sagt im Hinblick auf die Unterschiedlichkeit des modernen und des antiken Politikverständnisses: „Aber die von den modernen Formen gebildeten Substantive *Das Politische* (oder *le politique*, *the political* im ‚Neutrum‘) sind so stark modern und auf die moderne Bedeutung des Wortes orientiert, dass es beim gegenwärtigen Stand der Dinge zwar politisch begründet, aber nicht wissenschaftlich klärend sein kann, wenn man hier ohne weiteres den griechischen Begriff von *politisch* einbringt.“¹³¹

Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Vorstellungen lassen sich durch keine Definition ganz überbrücken. Der Begriff „Politik“ muss in seiner Bedeutung so begrenzt werden, dass er nicht völlig diffus und unbrauchbar wird. Dabei sind die Schwierigkeiten im Deutschen besonders groß. Insbesondere die englische Sprache stellt ein differenzierteres Vokabular zur Verfügung, das es besser erlaubt, die Vielfältigkeit des „Politischen“ begrifflich zu fassen. „politics“ betrifft die Auseinandersetzungen um die Macht. Das Wort hat eine eher negative Färbung und auch den Sinn von „Machenschaften“. „play politics“ heisst: Winkelzüge machen, manipulieren. Im Hinblick auf schmutzige Wahlkampftricks kann jemand in Amerika gelassen „politics“ konstatieren. Er hat damit nicht alle Hoffnungen auf „Politik“ aufgegeben, denn neben „politics“ gibt es ja „polity“, das sich auf die Verfassungsordnung bezieht, und „policy“, was auf Politikfelder und auch -inhalte zielt (z.B. „foreign policy“). Dagegen gibt es im Deutschen für ganz verschiedene Erscheinungen und Vorstellungen nur einen einzigen Begriff – den Begriff der „Politik“.

Anschrift des Autors: Lorenz Engi, Universität St. Gallen, Rechtswissenschaftliche Abteilung, Bodanstrasse 3, CH-9000 St. Gallen

131 Christian Meier (Fn. 66), 15